Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, dem 15.12.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

6. Personalbedarf in der Abteilung Jugend - DS-Nr.: 5618 -

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wurde vereinbart, die in der Vorlage geschilderten Stellenveränderungen nacheinander zu besprechen.

Einrichtung einer unbefristeten Stelle zur Steuerung und Koordination von Hilfen

Die Verwaltung erläuterte, dass mit der neu einzurichtenden Stelle u.a. eine verbesserte, zielgerichtete Steuerung der erzieherischen Hilfen, u.a. im Hinblick auf Qualität und Inhalte, erreicht werden solle.

Die GRÜNE-Fraktion stellte fest, dass es sich hierbei um sehr umfangreiche Aufgaben für eine Stelle handeln würden. Die Verwaltung erläuterte, dass die Stelle sozialpädagogisch besetzt werde, da es an dieser Stelle um die Hilfen und deren Ausgestaltung gehe. Gleichzeitig werde sie in die bestehende Abteilungsstruktur eingebunden. Bei der Prüfung der monetären Auswirkungen werde die Stelle z.B. eng mit der Wirtschaftlichen Jugendhilfe zusammenarbeiten.

Auf Nachfrage der GRÜNE-Fraktion erläuterte die Verwaltung, dass die Aufgabe der Koordination der ambulanten Hilfen im Trägerverbund der bisherigen, mit 50 % geförderten, Koordinationsstelle dementsprechend ab Sommer 2022 auf die neue geschaffene Stelle übergehen werde. Dies sei mit dem Sprecherrat bereits so vereinbart und werde auch Bestandteil des Vertrages 2022. Das erste Halbjahr 2022 könne zu weiteren Absprachen genutzt werden.

Einrichtung einer für zunächst 2 Jahre befristeten Stelle aus dem Programm „Kinderstark NRW“

Auf Vorschlag der Vorsitzenden stellte die Verwaltung die Frühen Hilfen im Kreis Gütersloh sowie deren Präventionsketten anhand der als Anlage beigefügten Präsentation vor.

Die Verwaltung erläuterte, dass mit der zusätzlichen Stelle eine stärkere Koordinierung und strategische Weiterentwicklung der Frühen Hilfen und Präventionsketten, auch in Kombination mit anderen Jugendämtern und dem Gesundheitsdienst, erreicht werden solle, um Ressourcen besser zu nutzen. Letztlich solle es bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen keine Lücken, sondern immer einen Anschluss geben. Dabei sollen die Institutionen partnergerecht zusammenarbeiten und unterschiedliche Bedarfe vor Ort berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage der GRÜNE-Fraktion teilte die Verwaltung mit, dass der Schwerpunkt zunächst auf dem Ausbau und der Erweiterung der Netzwerke liege. Es sei aber zu bemerken, dass es bei neuen Lebensumständen von Kindern, z.B. bei einem Schulwechsel, zu Brüchen komme. Unabhängig von dem einzel-

nen Kind sei zu betrachten, wie Hilfen noch professioneller ausgerichtet werden könnten. Diesbzgl. gehe es jetzt zunächst um Institutionen und um deren bereits vorhanden Ressourcen.

Die GRÜNE-Fraktion erkundigte sich, wie die Arbeit der neuen Stelle, auch in Kombination mit den Frühen Hilfen aussehe und ob es z.B. weitere Arbeitsgruppen geben werde. Die Verwaltung erläuterte, wenn möglich solle es eine Zusammenarbeit mit den Netzwerkkoordinatoren und eine Anbindung an die Lokalen Arbeitsgruppen geben. Die diesbzgl. Steuerungsaufgaben sollen an einer zentralen Stelle gebündelt werden. Die Jugendhilfeplanung werde perspektivisch eingebunden.

Auf Nachfrage der GRÜNE-Fraktion bestätigte die Verwaltung, dass das Onlineportal auch für den weiteren Ausbau der Präventionsketten genutzt werden solle. Zur Frage, was die Verwaltung von der Abteilung Gesundheit erwarte, berichtete die Verwaltung, dass man schon seit längerem im Austausch sei, aber auch diesen Prozess habe Corona ausgebremst.

Entfristung einer 0,5 Stelle Psychologin /Psychologe für die Eingliederungshilfe

Die Verwaltung berichtete, dass sich das Vorhalten einer eigenen psychologischen Kompetenz für den Bereich der Eingliederungshilfe deutlich bewährt habe. Die Erfahrungen seien auch aufgrund der hohen Expertise sehr gut. Die Stelle sollte daher entfristet werden. Fragen hierzu gab es nicht.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen